



Pressemitteilung

16. Juli 2020

Seite 1 von 3

Online-Konferenz: Zugang zum Recht durch Digitalisierung stärken

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat heute im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine hochkarätig besetzte Online-Konferenz zum Thema „Zugang zum Recht im Zeitalter der Digitalisierung – Perspektiven und Herausforderungen“ veranstaltet.

Bundesministerin **Christine Lambrecht** erklärt dazu:

„Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Justiz und den Rechtsstaat zu stärken. Deshalb haben wir die Digitalisierung zu einem zentralen Thema der deutschen Ratspräsidentschaft gemacht.

Wir haben uns heute darüber ausgetauscht, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt der Juristinnen und Juristen ganz praktisch verändert. Und wir haben den Einsatz von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz in der Welt des Rechts diskutiert.

Legal Tech kann den Gerichten und der Anwaltschaft eine enorme Unterstützung sein und ihnen mehr Zeit für ihr eigentliches Kerngeschäft verschaffen: die abschließende juristische Beurteilung und Einordnung, die keine Technologie ersetzen kann.

Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können wir außerdem den Zugang zum Recht für die Bürgerinnen und Bürger in der Praxis vereinfachen und erleichtern. Es wird Verfahren geben, die vollständig online abgewickelt werden können. Und wir können den Zugang zum Recht für Menschen erleichtern, die sich ansonsten nicht an ein Gericht oder eine Anwältin bzw. einen Anwalt gewandt hätten.

Online-Zugänge zur Justiz für alle Bürgerinnen und Bürger können den flächendeckenden Zugang zum Recht zum Beispiel auch in ländlichen

**Pressereferat des
Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Tel. +49 30 18 580-9090
presse@bmjv.bund.de
www.bmjv.de

Verantwortlich:
Rüdiger Petz
Dr. Stephanie Krüger

Redaktion:
Rabea Bönnighausen
Maximilian Kall
Dr. Ariane Keitel
Dr. Marius Leber
Stefan Zimmermann

Regionen einfacher machen, wo manchmal eine längere Entfernung zum nächsten Gericht besteht. Zugleich müssen wir darauf achten, dass auch die nicht digitalen Zugangsmöglichkeiten zur Justiz erhalten bleiben.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bleibt für den Rechtsstaat unverzichtbar. Deswegen müssen wir uns frühzeitig über die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz in der Justiz verständigen.

Der heutige Austausch zu diesen Themen war ausgesprochen wertvoll und gibt uns eine wichtige Orientierung für die Weiterentwicklung der Digitalisierung im Bereich der Justiz.“

EU-Justizkommissar **Didier Reynders** erklärt:

„Wir setzen unseren gemeinsamen Weg hin zu der Entwicklung einer ehrgeizigen Strategie zur Digitalisierung der Justiz in der EU fort. Durch die Digitalisierung unserer Gerichtssysteme machen wir bei der Verbesserung des Zugangs zum Recht einen großen Schritt nach vorne. Indem wir Dokumente online verfügbar machen, werden die Justizsysteme transparenter, was dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Rechte besser verstehen können, und zu einer einheitlichen Rechtsprechung beiträgt.

Öffentliche Stellen, die künstliche Intelligenz nutzen, müssen in der Lage sein, zu erklären, wie die betreffende Anwendung funktioniert, und dies muss durch die zuständigen Stellen überprüfbar sein. Die Akteure im Justizsystem, die KI-Anwendungen nutzen, müssen über das notwendige Fachwissen verfügen, um die Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung einschätzen zu können. Sie müssen jedes von ihnen verwendete System verstehen und beherrschen. Klar ist, dass Urteile nur von Richterinnen und Richtern gefällt werden sollten.“

Seite 3 von 3

Nach der Begrüßungsansprache von Bundesministerin Christine Lambrecht hat der EU-Kommissar für Justiz, Didier Reynders, die Eröffnungsrede gehalten. An dem anschließenden Politikpanel haben außer Ministerin Lambrecht auch die Justizministerinnen und Justizminister der Niederlande, Portugals und Sloweniens teilgenommen. Auch die weiteren Panels waren mit herausragenden Vertretern aus Politik, Praxis und Wissenschaft besetzt.

Das vollständige Programm der Konferenz finden Sie auf der Konferenzseite:

www.eu2020-bmjv-access-to-justice.de

Auf der Konferenzseite finden Sie darüber hinaus Informationen zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz, Videoclips zu den Konferenzthemen sowie zahlreiche weitere Materialien.

Zu den Themen der Konferenz:

Wie verändert die Digitalisierung den Rechtsmarkt und die Justiz? Was bedeutet der digitale Wandel für den Zugang zum Recht? Wie können digitale Technologien und Anwendungen der Wahrung und Durchsetzung von Justizgrundrechten und Verfahrensprinzipien dienen? Welche Möglichkeiten bietet der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei der Konfliktlösung? Welchen Grenzen müssen dabei eingehalten werden?

Diese und andere Fragen werden auf europäischer Ebene bereits diskutiert. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wollen wir uns in einer hochkarätig besetzten Online-Konferenz den Fragen, die im Kontext mit Digitalisierung und Recht stehen, im Austausch mit den Mitgliedstaaten widmen. Wir freuen uns sehr, dass wir trotz der Corona-Pandemie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Justiz sowie hervorragende Expertinnen und Experten für einen gemeinsamen Austausch gewinnen konnten.

Gerade die gegenwärtigen Herausforderungen der Pandemie zeigen uns eindrücklich auf, warum es wichtig ist, über Digitalisierung im Zusammenhang mit Rechtsstaatlichkeit zu sprechen und Justiz in diesem Sinn weiterzudenken.